

Rechtslehre

2.61 Kollektivgesellschaft

Inhaltsverzeichnis

Zielsetzung des Gesetzgebers	2
Begriff und Wesen	2
Die Kollektivgesellschaft als personenbezogene Organisationsform	2
Koll.-G. als nach aussen hin verselbständigte Gesamthandsgemeinschaft	3
Verfolgung wirtschaftlicher Ziele	3
Führung eines kaufmännischen Unternehmens	3
Haftung für Gesellschaftsschulden	4
Innenverhältnis	4
Rechtsgrundlagen	4
Beitragsleistungen	4
Anteil an Gewinn und Verlust	5
Gesellschaftsbeschlüsse	5
Geschäftsführung	5
Einsichtsrecht des von der Gesch'Fhr ausgeschlossenen Gesellschafters	5
Treuepflicht der Kollektivgesellschaftler	5
Aussenverhältnis	6
Die Verselbständigung der Gesamthandschaft nach aussen hin	6
Vertretung der Gesellschaft	6
Haftung	6
Firma und Sitz	6
Entstehung, Beendigung und Gesellschafterwechsel	7
Entstehung	7
Beendigung	7
Gesellschafterwechsel	8
Wirtschaftliche Bedeutung der Kollektivgesellschaft	9

Mayer-Hayoz, Arthur, Forstmoser, Peter, Schweizerisches Gesellschaftsrecht, 8. Auflage
ab Seite 279 (Paragraph 13 - Die Kollektivgesellschaft)

Zielsetzung des Gesetzgebers

- a) Die Koll.-G. sollte als Rechtsform ausgestaltet werden, die da besonders geeignet ist, wo mehrere Personen ihre Arbeitskraft, ihr Kapital und den Kredit, den sie geniessen, zur Führung eines gemeinsamen kaufmännischen Unternehmens vereinigen wollen:
- Die Koll.-G. sollte eine Vereinigung der Arbeitskraft ermöglichen; jedem Gesellschafter mussten daher umfassende Mitwirkungsrechte zuerkannt werden. - Es sollte in ihr auch das Kapital der Gesellschafter zusammengefasst werden; deshalb war vorzusehen, dass jeder Einlagen in das Gesellschaftsvermögen zu leisten und Verluste mitzutragen habe. - Endlich war auch der Kredit der einzelnen Gesellschafter dadurch für die Gesellschaft dienstbar zu machen, dass jeder Gesellschafter persönlich für die Gesellschaftsschulden einzustehen hat.
- b) Auch für die Koll.-G. war eine einfache und anpassungsfähige Ordnung beabsichtigt. Allerdings sollte sich diese Rechtsform auch für umfassende und komplexe wirtschaftliche Ziele - namentlich für die Führung kaufmännischer Unternehmen - eignen. Dies verlangte eine im Vergleich zur einfachen Gesellschaft umfassendere gesetzliche Regelung; sodann war die Gesellschaft - obwohl ebenfalls personenbezogen - stärker von den einzelnen Gesellschaftern zu lösen
- c) Obschon die Koll.-G. primär für wirtschaftliche Ziele konzipiert wurde, wollte man sie für ideale Zwecke nicht ausschliessen.

Begriff und Wesen

Legaldefinition: OR 552 I

Artikel 552

- 1 Die Kollektivgesellschaft ist eine Gesellschaft, in der **zwei oder mehrere natürliche Personen**, **ohne Beschränkung ihrer Haftung** gegenüber den Gesellschaftsgläubigern, sich zum Zwecke vereinigen, unter einer **gemeinsamen Firma** ein **Handels-, ein Fabrikations- oder ein anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe** zu betreiben.
- 2 Die Gesellschafter haben die Gesellschaft in das **Handelsregister** eintragen zu lassen.

Die Kollektivgesellschaft als personenbezogene Organisationsform

- **Personengesellschaft**
- jedes Mitglied hat **gleiche Rechte, unabhängig von der Kapitalbeteiligung**
- **Mitgliederwechsel** nur, wenn vertraglich vorgesehen oder im Einverständnis aller Gesellschafter
- bei **Wegfall** auch nur **eines** Gesellschafters wird Koll.-G. grundsätzlich **aufgelöst** (OR 545 I Ziff. 2 in Vrb mit OR 574), doch sieht das Gesetz - anders als bei der einfachen Gesellschaft - **Ausnahmen** vor (vgl. OR 575 ff.) = Zeichen für die stärkere Verselbständigung der Koll.-G.
- nach Legaldefinition von OR 552 I können **nur natürliche Personen** Gesellschafter sein
→ Grund: Persönl. Haftung der Beteiligten soll nicht durch Dazwischenschalten von jurist. Personen ausgeschlossen werden können! (unter dem altOR waren auch juristische Personen als Mitglieder zugelassen)
- Gesellschafter kann jede natürliche Person werden, die handlungsfähig ist (ZGB 13); auch Handlungsunfähige können Gesellschafter werden, sofern gesetzlicher Vertreter und Vormundschaftsbehörde zustimmen; Ehegatten können nach dem heutigen ehelichen Güterrecht frei unter sich oder mit Dritten zusammen eine Koll.-G. bilden oder einer solchen beitreten.

Koll.-G. als nach aussen hin verselbständigte Gesamthandsgemeinschaft

- a) Die schweizerische Lehre verneint beinahe einhellig die Rechtspersönlichkeit der Koll.-G. (vgl. BGE 95 II 549 f E 2 und 116 II 652: "keine oder keine volle Rechtsfähigkeit als juristische Person". Sie beurteilt diese Rechtsform als eine **Gemeinschaft zur gesamten Hand** - als eine Gesamthandsgemeinschaft, die in mancher Hinsicht wie eine juristische Person behandelt wird.
(Die deutsche und die österreichische Doktrin sprechen der Offenen Handelsgesellschaft die Rechtspersönlichkeit ebenfalls ab, dagegen behandelt die französische Lehre die Kollektivgesellschaften als juristische Personen)
- b) Der **gesamthandschaftliche Charakter** der Koll.-G.:
- **Vermögensverhältnisse:** Zwar besteht ein Sondervermögen, das von den Privatvermögen der einzelnen Gesellschafter losgelöst ist. Nach aussen hin erscheint die Gesellschaft an diesem Sondervermögen als berechtigt. Es steht aber in Wirklichkeit nicht der Gesellschaft als solches zu, sondern den Gesellschaftern zu gesamter Hand.
 - **Rechte und Pflichten:** Entgegen dem äusseren Anschein ist also nicht die Gesellschaft Trägerin von Rechten und Pflichten, sondern es sind die Gesellschafter selber in ihrer Gesamtheit.
 - **Sachen:** Sind nicht Eigentum der Gesellschaft, sondern **Miteigentum der Gesellschafter**.
 - **Persönliche Haftung der Gesellschafter:** Ebenfalls charakteristische Folge des gesamthandschaftlichen Aufbaus.
 - Koll.-G. vom **Bestand ihrer Mitglieder abhängig**. Wird beim Ausscheiden grundsätzlich aufgelöst. (Eine jurist. Person würde vom Ausscheiden einzelner Mitglieder in ihrer Existenz nicht betroffen.)
 - Grundsatz der **Selbstorganschaft**: jeder Gesellschafter kann für die Gesellschaft handeln und sie vertreten (OR 563). Es fehlen demzufolge besondere körperschaftliche Organe.
- c) Koll.-G. ist Gesamthandsgemeinschaft, doch wird sie **in gewisser Hinsicht wie eine juristische Person** behandelt. Annäherungen an das Recht der jurist. Person finden wir v. a. im **Aussenverhältnis**:
- eigene **Firma**
 - **handlungs-, prozess- und betriebsfähig** (die einzelnen Gesellschafter können erst subsidiär verklagt und betrieben werden)
 - **Haftung der Gesellschaft für unerlaubte Handlungen**, welche die **Gesellschafter** in Ausübung ihrer geschäftlichen Tätigkeit für die Gesellschaft begehen. Diese Haftung entspricht der von jurist. Personen für ihre Organe (vgl. für die AG OR 722 und allgemein ZGB 55 II). Bei der einfachen Gesellschaft fehlt dagegen eine entsprechende Gesellschaftshaftung.
 - Ein Koll.-Gesellschafter kann sich ferner für seine Gesellschaft **verbürgen** (OR 568 III)

Verfolgung wirtschaftlicher Ziele

Dem Zusammenschluss in einer Koll.-G. liegen regelmässig **wirtschaftliche Ziele** zugrunde; sie sollen ihren Mitgliedern **ökonomische Vorteile** verschaffen.

Die Rechtsform steht allerdings auch für nichtwirtschaftliche Zwecke offen, doch bildet die Koll.-G. mit idealer Zielsetzung eine seltene Ausnahme.

Führung eines kaufmännischen Unternehmens

- a) Koll.-G. ist - im Gegensatz zur einf. Ges. für dauerhafte Verbindungen mit allenfalls grosser wirtschaftlicher Bedeutung geschaffen. Sie betreibt zur Erreichung ihrer Ziele regelmässig **ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe**. Die Legaldefinition in OR 552 I führt dieses Merkmal sogar als Begriffselement auf.

- b) Aus OR 553 geht jedoch hervor, dass auch Koll.-Gesellschaften zulässig sind, die **kein** kaufmännisches Unternehmen betreiben. Ein Unterschied zur kaufm. Koll.-G. zeigt sich lediglich bei der Entstehung. Zu den nicht kaufmännischen Koll.-G. gehören solche, die **kein nach kfm. Art geführtes Gewerbe** betreiben, aber auch solche, die **überhaupt keinen Gewerbebetrieb** führen.

Haftung für Gesellschaftsschulden

- **zunächst Gesellschaftsvermögen** (OR 570 I: ausschliesslich zur Befriedigung der Gläubiger der Gesellschaft) - Achtung: Nur bei Konkurs der Fall?
- reicht das Gesellschaftsvermögen zur Deckung der Gesellschaftsschulden nicht aus, dann haften **subsidiär alle Gesellschafter persönlich**, und zwar unbeschränkt und solidarisch mit ihrem ganzen Vermögen (OR 568 I). Die Haftung des Koll.-Gesellschafters tritt aber erst ein, wenn eine der drei Belangbarkeitsvoraussetzungen von OR 568 III erfüllt ist:
 - Auflösung der Gesellschaft
 - erfolglose Betreibung der Gesellschaft bzw. Eröffnung des Gesellschaftskonkurses
 - Konkurs des belangten Gesellschafters.Die Subsidiarität kann im Interesse eines Gesellschaftsgläubigers dadurch beseitigt werden, dass sich ein Gesellschafter für die Schuld der Gesellschaft als Solidarbürge verpflichtet (OR 568 III am Ende) oder dass er ausdrücklich auf die Subsidiarität verzichtet (gem. BGE).
- **keine Mindestanforderungen** an richtige und vollständige Erbringung der **Einlagen** der Gesellschafter. **Ebenso wenig** besteht - im Gegensatz zu AG und GmbH - eine **Kapitalerhaltungspflicht**.
- **neu eintretender Gesellschafter** haftet gemäss OR 569 **auch** für die **vor** seinem Beitritt entstandenen Verbindlichkeiten (BGE) [anders als bei der einfachen Gesellschaft!]
- **ausscheidender Gesellschafter** haftet noch während **5 Jahren** weiter (OR 591 in Vrb mit BGE)
- dem leistenden Gesellschafter stehen **Regressrechte** zu (zunächst gegen die Gesellschaft im vollem Umfange des von ihm anstelle der Gesellschaft Geleisteten; soweit nötig stehen dem zahlenden Gesellschafter überdies Rückgriffsrechte gegenüber seinen Mitgesellschaftern als solidarisch Verpflichteten zu, jedoch nur im Umfang ihrer gesetzlichen oder vertraglichen Verlustbeteiligung, also nur quotenmässig.

Innenverhältnis

Rechtsgrundlagen

Gemäss OR 557 bestimmen sich die Rechte und Pflichten der Gesellschafter unter sich zunächst nach dem **Gesellschaftsvertrag**, in zweiter Linie nach dem Recht der **Kollektivgesellschaft** (OR 557 - 561, ferner auch OR 576 - 581), in dritter Linie schliesslich nach dem der **einfachen Gesellschaft** (OR 530 - 542).

Beitragsleistungen

keine besondere Bestimmungen im Recht der Koll.-G. Es kann daher auf das zur einfachen Gesellschaft Geltende verwiesen werden.

Anteil an Gewinn und Verlust

- a) Falls Gesellschaftsvertrag nichts anderes vorsieht: Jeder Koll.-Gesellschafter hat Anspruch auf **Verzinsung seines Kapitalanteils zu 4%** (OR 558 II). Zins ist **unabhängig vom Geschäftsergebnis** auszu zahlen, also auch bei Verlust (vgl. OR 560 I). Daher ist - wie in OR 559 II festgehalten - eine Auszahlung des Zinses schon **während des Geschäftsjahres möglich** und nicht erst, nachdem das Geschäftsergebnis feststeht. Auch können verfallene Zinsen als Schulden der Gesellschaft im Gesellschaftskonkurs als Forderungen angemeldet werden (OR 570 II).
- b) **Honoraranspruch** besteht **nur, wenn er vertraglich vorgesehen** ist (vgl. OR 558 III). Auch ein allfälliger Honoraranspruch ist unabhängig von Gewinn oder Verlust geschuldet (OR 560 I) und allenfalls schon während des Geschäftsjahres auszahlbar (OR 559 II).
- c) Die Auszahlung eines **Gewinnanteils** setzt dagegen notwendig einen **Überschuss** voraus. *Solange aber das eingelegte Kapital durch Verluste aus den Vorjahren reduziert worden war, müssen allfällige Überschüsse zuerst zur Deckung dieser Verluste verwendet werden, und erst wenn die Verminderung wieder ausgeglichen ist, darf die Gesellschaft Gewinne ausschütten* (OR 560 I).
- d) Im übrigen gilt das Recht der einfachen Gesellschaft. So hat etwa - wenn über die Verteilung von Gewinn und Verlust nichts vereinbart worden ist - jeder Gesellschafter entsprechend OR 533 gleichen Anteil am Gewinn wie am Verlust (BGE).

Gesellschaftsbeschlüsse

Es gilt vollumfänglich das Recht der einfachen Gesellschaft.

Geschäftsführung

Auch hier gilt **Recht der einfachen Gesellschaft**. Allerdings wird bei Koll.-G. häufig vom Prinzip der Einzelgeschäftsführungsbefugnis abgewichen; oft wird eine Organisation geschaffen, die der einer Körperschaft ähnlich sieht, indem für den Entscheid grundlegender Fragen die Versammlung der Gesellschafter, für die laufende Geschäftsführung ein besonderes Geschäftsführungsorgan als zuständig erklärt werden.

Gesetzliche Vertretungsbefugnis des Gesellschafters erlischt, wenn die Gesellschaft aufgelöst wird oder der Gesellschafter ausscheidet, handlungsunfähig wird oder in Konkurs fällt.

OR 565 erwähnt ausserdem Möglichkeit, einem Gesellschafter aus wichtigen Gründen die Vertretungsbefugnis zu entziehen. Zum Entzug ist an sich jeder Gesellschafter legitimiert. Da die Löschung der Vertretungsbefugnis - um gegenüber gutgläubigen Dritten wirksam zu werden - im HR eingetragen werden muss, braucht es jedoch aus praktischen Gründen wohl die Zustimmung aller Mitgesellschafter (vgl. OR 556 I usw.), es sei denn die Entziehung erfolge durch richterlichen Entscheid (vgl. OR 565 II).

Einsichtsrecht des von der Gesch'Fhr ausgeschlossenen Gesellschafters

Auch für die Koll.-G. gilt OR 541. Das Informationsrecht steht jedem Gesellschafter - dem geschäftsführenden wie dem nichtgeschäftsführenden - zu, es ist nach zwingendem Recht umfassend und kann nur im Falle des Missbrauchs eingeschränkt werden.

Treuepflicht der Kollektivgesellschaftler

→ **Strenges Konkurrenzverbot** (OR 561):

- Gesellschafter darf ohne die Zustimmung der übrigen im Geschäftszweig der Gesellschaft nicht anderweitig wirtschaftlich tätig werden, weder auf eigene noch auf fremde Rechnung.
- darf auch nicht Mitglied einer Koll.-G. oder Komm.-G. oder GmbH der gleichen Branche sein
- auch während Liquidationsstadiums einer Koll.-G. bleibt Konkurrenzverbot grundsätzlich bestehen, ist dann aber auf jene Handlungen beschränkt, welche eine erfolgreiche Liquidation beeinträchtigen könnten.

- Beim **Ausscheiden eines Gesellschafters** aus der Koll.-G. **endet** für ihn das **Konkurrenzverbot**. Fortdauer über diesen Zeitpunkt hinaus müsste im Gesellschaftsvertrag oder schuldvertraglich vereinbart oder durch die Gesellschafter einstimmig (also unter Mitwirkung des Betroffenen) beschlossen worden sein. Konkurrenzverbot, welches den betroffenen Gesellschafter in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet, wäre nichtig.

Aussenverhältnis

Die Verselbständigung der Gesamthandschaft nach aussen hin

Gemäss OR 552 tritt die Koll.-G. nach aussen unter eigener Firma selbständig auf.

Vertretung der Gesellschaft

- a) Falls sich aus HR nichts anderes ergibt, darf gutgläubiger Dritter annehmen, jeder Gesellschafter sei für sich allein zur Vertretung befugt, und zwar für alle Rechtshandlungen, die der Gesellschaftszweck mit sich bringen kann (OR 563 und BGE).
Die Vertretungsmacht geht damit bedeutend weiter als bei der einf. Ges. Namentlich muss ein Entzug (OR 565) oder eine Beschränkung der Vertretungsmacht einzelner Gesellschafter - soll sie gutgläubigen Dritten gegenüber wirksam sein - ausdrücklich im HR eingetragen werden (BGE).
- b) Prinzip der Einzelvertretungsmacht jedes Gesellschafters kann auf versch. Weise modifiziert werden:
 - Einzelne Gesellschafter können von der Vertretung ausgeschlossen sein (OR 555). Mindestens ein Gesellschafter muss aber zur Vertretung befugt bleiben.
 - Möglich ist Einführung einer Kollektivvertretung. Auch in diesem Fall kommt die sog. passive Vertretung, d.h. die Fähigkeit, für die Gesellschaft Erklärungen entgegenzunehmen, jedem einzelnen Gesellschafter zu. Eine Erklärung gilt daher als der Gesellschaft zugegangen, wenn sie an irgendeinen Gesellschafter gerichtet worden ist (vgl. für die Zustellung von Betreuungsurkunden SchKG 65 I Ziff. 4).
- c) Der Vertreter wird in der Regel ausdrücklich darauf hinweisen, dass er für die Koll.-G. (und nicht für sich selbst) handelt.

Haftung

siehe vorn

Firma und Sitz

- a) Firma der Koll.-G. muss entweder die Familiennamen aller Gesellschafter oder dann den Familiennamen mindestens eines Gesellschafters mit einem Zusatz, der auf das Gesellschaftsverhältnis hinweist, enthalten (z.B. "& Co.", "Gebrüder", "und Partner"), gem. OR 947 I. Ehefrauen, die einen Doppelnamen führen (gem. ZGB 160 II), müssen gemäss BGE den vollen Doppelnamen in die Firma aufnehmen.
- b) Koll.-G. hat eigenen Sinn (entspricht Verselbständigung nach aussen). Im Ggs. zu den Körperschaften kann der Sitz nicht frei gewählt werden - befindet sich am tatsächlichen Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aktivität; namentlich am Ort, wo das Unternehmen betrieben wird (vgl. OR 934 I). Falls die Tätigkeit auf mehrere Orte verteilt ist, ist der bedeutsamste massgebend. Koll.-G. kann - wie jede Gesellschaft - nur einen Sitz haben.
Koll.-G. ist am Ort ihres Sitzes ins HR einzutragen (OR 554 I). Am Sitz befindet sich auch der allgemeine Gerichtsstand für Klagen gegen die Koll.-G. (vgl. BV 59), ebenso der allg. Betreibungsort (vgl. SchKG 46 II). Zivilrechtlich ist der Sitz etwa von Bedeutung für die Bestimmung des Erfüllungsortes (vgl. OR 74).

Entstehung, Beendigung und Gesellschafterwechsel

Entstehung

- a) **Kfm. Koll.-G.** entsteht, sobald sich die Beteiligten (in beliebiger Form, auch durch konkludentes Verhalten), **geeinigt** haben, gemeinsam ein nach kaufmännischer Art geführtes Unternehmen zu betreiben. Es kann auch sein, dass die Koll.-G. dann entsteht, wenn sich die Gesellschafter sich **dessen nicht bewusst** sind oder wenn sie eine **falsche Bezeichnung** verwenden (z.B. von einer einfachen Gesellschaft sprechen). Eine Koll.-G. entsteht ohne weiteres auch dann, wenn bei einer aus mind. zwei Komplementären und einem Kommanditär bestehenden Kommanditgesellschaft der Kommanditär ausscheidet und die verbleibenden Gesellschafter die Gesellschaft weiterführen. **Umwandlung einer Komm.-G. in eine Koll.-G.** kann also **formlos und ohne Gründung** einer neuen Gesellsch. erfolgen. Die Kfm. Koll.-G. ist zwar im HR einzutragen (OR 552 II), doch hat dieser Eintrag lediglich **deklaratorische** Bedeutung. Entstanden ist die Gesellschaft bereits vor dem Registereintrag mit dem Abschluss des Gesellschaftsvertrages.

Bedeutung des HR-Eintrages:

- Betreibung auf Konkurs und Wechselbetreibung (vgl. SchKG Art. 39 Ziff. 6)
 - Firma der Koll.-G. geniesst erhöhten Schutz (vgl. OR 951 I in Verb. mit OR 946 I).
 - Eintragung ermöglicht Beschränkung oder Ausschluss der Vertretungsmacht einzelner Gesellschafter
 - Eintragung klärt die Frage des Sitzes und damit des normalen Gerichtsstandes und des ausschliesslichen Betreibungsortes bei gegen die Koll.-G. gerichteten Verfahren
- b) Bei **nichtkaufmännischen Koll.-G.** ist HR-Eintrag **konstitutiv**. Sie entsteht also - wie OR 553 ausdrücklich festhält - erst mit dem Eintrag ins Register. Vorher ist der Zusammenschluss als einfache Gesellschaft zu qualifizieren.

Beendigung

- a) Über die Beendigung der Koll.-G. geben die OR Artikel 574 ff. Auskunft. Charakteristisch für die im Vergleich zur einfachen Gesellschaft verstärkte Verselbständigung des Zusammenschlusses ist, dass das Gesetz bei der Koll.-G. ausdrücklich nicht nur von der "**Auflösung**", sondern auch vom "**Ausscheiden von Gesellschaftern**" bei gleichzeitigem **Weiterbestand der Gesellschaft** spricht (vgl. OR 576 ff.). Liegt ein Auflösungsgrund vor, dann führt dies auch bei der Koll.-G. regelmässig zur Liquidation, ausnahmsweise zur Beendigung ohne vorgängige Liquidation.
- b) OR 574 I verweist bezüglich der **Auflösungsgründe** auf die **einfache Gesellschaft**, also auf OR 545 f. Es sei auf die dortige Aufzählung verwiesen. Einen zusätzlichen Auflösungsgrund stellt die **Eröffnung des Konkurses** über die Gesellschaft dar (OR 574 I).
- c) Mit Durchführung der Liquidation sind nach Gesetz grundsätzlich die bisher vertretungsberechtigten Gesellschafter betraut (OR 583 I). Die Beteiligten können aber auch **besondere Liquidatoren** wählen (einzelne Gesellschafter - selbst wenn ihnen die Geschäftsführungsbefugnis bisher nicht zukam - oder Dritte). Auf Begehren eines Gesellschafters kann der **Richter** aus wichtigen Gründen Liquidatoren abberufen und andere bestellen (OR 583 II).

Auseinandersetzungshandlungen, welche die Gesamthandsgemeinschaft aufheben sollen, sind in OR 585 ff. skizziert:

- bei Beginn der Liquidation ist eine **Bilanz** aufzustellen (OR 587 I)
- laufende Geschäfte sind zu beenden, die Verpflichtungen der aufgelösten Gesellsch. zu erfüllen oder sicherzustellen, die der Gesellschaft zustehenden Forderungen sind einzuziehen, das Vermögen ist nötigenfalls zu **versilbern** (vgl. OR 585, 586 II)

- verbleibt nach Tilgung der Schulden ein **Überschuss**, dann sind zunächst die **Kapitaleinlagen der Gesellschafter zurückzuzahlen**, sodann sind **Zinsen** für die Liquidationszeit zu entrichten (OR 588 I). Der Rest ist nach den Vorschriften über die Gewinnbeteiligung unter den Gesellschaftern aufzuteilen (OR 588 II, vgl. auch OR 586, wonach schon vor Abschluss der Liquidation eine vorläufige Verteilung der entbehrlichen Gelder und Werte vorgenommen werden darf).

Hervorzuheben ist, dass auch bei der Koll.-G. die Beteiligten **keinen Anspruch auf körperliche Teilung** haben. Das Gesellschaftsvermögen ist also zu versilbern, sofern nicht alle Gesellschafter einer anderen Lösung zustimmen.

Nach Abschluss der Liquidationshandlungen ist die **Firma im HR zu löschen** (OR 589). Die Löschung hat bei der kaufmännischen wie der nichtkaufmännischen Koll.-G. nur **deklaratorische** Bedeutung.

- d) Wie die einfache Gesellschaft wird auch die Koll.-G. ohne Liquidation beendet, wenn ein Gesellschafter (oder ein Dritter) das Gesellschaftsvermögen gemäss OR 181 mit Aktiven und Passiven übernimmt. Auch bei der Koll.-G. ist dafür grundsätzlich die Zustimmung aller Beteiligten erforderlich. Die Übernahme der a und p ist freilich nicht die Regel: Wenn alle Gesellschafter bis auf einen ausscheiden und insbesondere wenn in einer Zweier-Koll.-G. ein Gesellschafter ausscheidet, "erwirbt der das Geschäft gem. OR 579 Fortsetzende das Gesellschaftsvermögen nicht neu, sondern es verbleibt ihm, d.h. es geht ohne weiteres, durch Anwachsen, in sein Alleinvermögen über" (BGE 101 Ib 456 E 2c). Es findet also keine Übernahme nach OR 181 statt, sondern eine **Umwandlung von Gesamteigentum in Alleineigentum des Verbleibenden durch Anwachsen**. Daher brauchen auch die für die Übertragung von Rechten allenfalls erforderlichen Formen nicht eingehalten zu werden.

Gesellschafterwechsel

- a) Koll.-G. wird grundsätzlich beim **Ausscheiden** auch nur **eines** Gesellschafters aufgelöst (wie einfache Gesellschaft). Zu diesem Grundsatz sind nur aber **Ausnahmen** gesetzlich vorgesehen:
 - Kann aufgrund einer **Übereinkunft** trotz Ausscheidens eines Gesellschafters weitergeführt werden (vgl. OR 576). Einverständnis kann auch von Erben eines Gesellschafters erteilt werden (BGE)
 - Anders als bei der einfachen Gesellschaft kann ein Gesellschafter aus wichtigen Gründen **durch den Richter ausgeschlossen** werden, sofern diese Gründe vorwiegend in seiner Person liegen (OR 577). Ist z.B. der Fall, wenn die Weiterführung eines Gesellschafterverhältnisses **nicht mehr zumutbar** ist. **Verschulden** des Auszuschliessenden ist dabei **nicht** nötig.
 - Anders als bei der einfachen Gesellschaft kann ein Gesellschafter durch die übrigen Gesellschafter ausgeschlossen werden, wenn er in **Konkurs** geraten oder sein **Liquidationsanteil** an der Gesellschaft **gepfändet** worden ist (OR 578, vgl. in diesem Zus'hang auch die in OR 575 vorgesehene Möglichkeit, die Auflösung der Gesellschaft durch Befriedigung der Gläubiger des Gesellschafters zu verhindern).

Der ausscheidende Gesellschafter oder seine Erben haben Anspruch auf eine **Abfindung** (nicht nach dem *Liquidationswert* der Gesellschaft, sondern nach dem in der Regel höheren *Fortführungswert* als Berechnung der Abfindung zu berücksichtigen (Liquidationswert als Minimum).

- b) **Neueintritt und Mitgliedschaftsübertragung** richten sich nach den für die einf. Gesellsch. aufgestellten Regeln. Gegenüber Dritten treten Wirkungen erst mit Bekanntgabe (namentlich durch Eintragung im HR) ein.
- c) Verbreitet ist in den Gesellschaftsverträgen von Koll.-G. die **Klausel**, wonach beim **Tod eines Gesellschafters** die Gesellschaft zwar mit dessen Erben weitergeführt, aber gleichzeitig in eine **Kommanditgesellschaft umgewandelt** werden soll.
- d) [andere Literaturhinweise zum Gesellschafterwechsel vorhanden]

Wirtschaftliche Bedeutung der Kollektivgesellschaft

- a) Entsprechend ihrer Ausgestaltung als einer **Verbindung von Arbeitskraft, Kapital und Kredit der Gesellschafter** eignet sich die Koll.-G. vor allem für Zusammenschlüsse, bei denen sämtliche Gesellschafter ihre **ganze Persönlichkeit** und auch ihr **Vermögen voll einsetzen** wollen. Die Koll.-G. ist also die richtige Form, wo ein Unternehmen betrieben wird, das finanziell und hinsichtlich des erforderlichen Arbeitseinsatzes die Möglichkeiten des einzelnen übersteigt, das aber immerhin noch nicht nach einer grossen anonymen Organisation ruft. Hier wirken sich auch die Vorzüge dieser Gesellschaft aus: die Stärkung des Verantwortungsbewusstseins und der **Initiative der Beteiligten** durch den **Grundsatz der Einzelgeschäftsführungsbefugnis** und die - im Vergleich zu einer AG mit vergleichbarem Vermögen - **erhöhte Kreditwürdigkeit**, die sich aus der persönlichen Haftung aller Mitwirkenden ergibt.

Die Koll.-G. verbindet die Gesellschafter zu einer **besonders engen Gemeinschaft**. Daraus folgt, dass die Koll.-G. ein **Vertrauensverhältnis** voraussetzt (sie ist daher eine zweckmässige Form für Familiengesellschaften). *Weiter ergibt sich daraus, dass sich die Koll.-G. nur da eignet, wo sich einige wenige Personen zusammenschliessen wollen. Für grosse Mitgliederzahlen passt sie nicht.*

- b) Zur Frage der **Verbreitung** dieser Gesellschaftsform kann auf die statistischen Angaben im Anhang (Buch Honsell S. 599) verwiesen werden. Im HR waren Ende **1996** 16'734 Koll.-Ges. eingetragen. Dazu dürfte noch eine erhebliche Anzahl nicht eingetragener Gesellschaften kommen, bei denen sich die Beteiligten nicht bewusst sind, dass die eine Koll.-G. bilden.

Verglichen mit der Zahl der AGs (über 170'000) ist die Zahl der Koll.-G. allerdings verhältnismässig klein. Man zieht es eben oft vor, eine AG auch in Fällen zu gründen, in denen die Koll.-G. die geeignete Grundlage bilden würde, und zwar hauptsächlich deshalb, weil dadurch das Risiko begrenzt und die persönliche Haftung ausgeschlossen werden kann, sodann auch wegen der leichteren Auseinandersetzung im Erbfall, beim Ausscheiden eines Gesellschafters und der Übertragung des Geschäfts auf einen Nachfolger. In den letzten Jahren haben sodann - während die Zahl der Koll.-G. stagnierte - die GmbHs ausserordentlich stark zugenommen, eine Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen scheint.